

Landauer, Carl

Article — Digitized Version

Präsident Fords Wirtschaftsprogramm

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Landauer, Carl (1974) : Präsident Fords Wirtschaftsprogramm, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 11, pp. 595-598

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134753>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Präsident Fords Wirtschaftsprogramm

Carl Landauer, Berkeley/USA

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in den Vereinigten Staaten ist – wie anderswo auch – ohne Beispiel in der Vergangenheit. Dies nicht nur, weil sich frühere Fälle von starker Inflation bei gleichzeitigen Rezessionserscheinungen schwer finden lassen, sondern noch aus anderen Gründen: Einerseits besteht die Notwendigkeit, durch eine restriktive Geld- und Kreditpolitik die Wirtschaftsaktivität zu dämpfen, um die Inflationsrate herabzudrücken; andererseits aber müssen bestimmte Produktionszweige expandieren, wenn nicht schon in naher Zukunft aufgrund von Knappheiten an wichtigen Produktionsmitteln, vor allem an Energie, die Rezessionserscheinungen verstärkt und die Preise noch weiter in die Höhe getrieben werden sollen.

Diese Seite des Problems ist von besonderer Bedeutung für die Vereinigten Staaten, weil die Möglichkeit, durch eine Expansion bestimmter Wirtschaftszweige der Verknappung von Energie vorzubeugen, in den USA größer ist als in vielen anderen Industrieländern. Hätte man die Treibstoffgewinnung aus Kohle und Ölschiefer, die Erschließung der Öllager vor den amerikanischen Küsten und die Verwertung der Sonnenwärme und der Geothermik zur Energieerzeugung rechtzeitig in Angriff genommen, so wäre der amerikanische Energiebedarf wahrscheinlich auf Jahrhunderte hinaus gedeckt, besonders wenn noch Maßnahmen zur Energieeinsparung hinzugekommen wären. Dies alles sind jetzt dringende Aufgaben der nächsten Zukunft.

Unzulänglichkeit des Programms

Gegenüber diesen vielfältigen Aufgaben erscheint das vom Präsidenten vorgelegte Programm in seiner gegenwärtigen Form völlig unzulänglich. Erstens enthält es zu wenige konkrete Maßnahmen, zweitens erweckt es an kaum einer Stelle den Eindruck der Entschlossenheit, und drittens beschränkt es sich hinsichtlich der unbedingt notwendigen Maßnahmen auf einen Appell an die Freiwilligkeit. Ein eindeutiges Urteil ist aber un-

tenlich, weil an verschiedenen Stellen des Programms die Möglichkeit eines energischeren Eingreifens für die Zukunft angedeutet wird, falls sich die jetzt in Aussicht genommenen Schritte als nicht ausreichend erweisen. Bei der jetzt geübten Vorsicht spielte sicherlich die Rücksicht auf die kommenden Kongreßwahlen eine Rolle: Präsident Ford wollte zum gegenwärtigen Zeitpunkt die durch Watergate und die Amnestie Nixons ohnehin sehr schwierig gewordene Stellung seiner Partei nicht noch durch Zwangsmaßnahmen weiter belasten, die mindestens für den Augenblick unpopulär sind.

Optimisten mögen deshalb annehmen, daß der Präsident im neuen Jahr eine entschiedenerere Wirtschaftspolitik betreiben und auch nicht vor notwendigen Härten zurückschrecken wird. Stärkere Indizien sprechen jedoch dafür, daß die Schwäche des Programms nicht nur taktisch bedingt ist, sondern daß vielmehr der Präsident und seine Berater den überkommenen Konzepten stärker verhaftet sind und bleiben werden, als es den Erfordernissen der Lage entspricht. Ein Anzeichen dafür ist vor allem das übermäßige Gewicht, das auf die Ausbalancierung des Budgets als Mittel der Inflationsbekämpfung gelegt wird. Es besteht beinahe Einstimmigkeit unter den Sachverständigen darüber, daß bei einem Brutto-sozialprodukt von über 1400 Mrd. \$ die wenigen Milliarden, um die die Bundesausgaben verringert werden können, im Kampf gegen die Inflation nichts Wesentliches ausrichten würden – zumindest im Hinblick auf ihre direkten Wirkungen. Die einzige bedeutende antiinflationistische Wirkung, die man sich von einer Beseitigung des Bundesdefizits versprechen kann, könnte über die Beein-

Prof. Dr. Carl Landauer ist emeritierter Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften. Er lehrte an den Universitäten Hamburg, Berlin und seit 1932 vor allem an der Berkeley University, Kalifornien.

flussung des Zinsniveaus eintreten: Wenn der Bund nichts oder weniger borgen muß, um die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben zu decken, wird die Kapitalnachfrage vermindert, und die dadurch bewirkte Zinssenkung würde vielleicht eine Verringerung der Inflationsrate erleichtern. Aber auch diese Wirkung ist recht unsicher; auf jeden Fall wird sie nicht so stark ins Gewicht fallen, daß sie eine Politik rechtfertigt, die eine Senkung der Bundesausgaben zum Kernstück eines Antiinflationsprogramms machen will.

Wenig wirksame Vorschläge

Das Programm enthält auch sonst keine Vorschläge, von denen man sich einen wirksamen Angriff auf die Inflation versprechen könnte. Für landwirtschaftliche Produkte wird — nicht ganz ohne Zweideutigkeit — das Prinzip der Exportkontrolle festgelegt, um nötigenfalls Preissteigerungen für Nahrungsmittel aufgrund einer exzessiven ausländischen Nachfrage verhindern zu können. Doch die Erfahrungen der Vergangenheit sowie die kürzlich aus der Stornierung der russischen Getreidekäufe entstandenen Schwierigkei-

ten zeigen die engen Grenzen, die außenpolitische Rücksichten einer Handhabung dieses Instruments auferlegen. Die Antitrustgesetze sollen mit Schärfe angewendet werden; aber dieser Apparat ist so schwerfällig, daß man von ihm kaum große Wirkungen für die nächste Zukunft erwarten kann.

Die zum Teil sehr reformbedürftigen „regulatory agencies“, die mit der Überwachung wichtiger Wirtschaftszweige betraut sind und die monopolistische Praktiken, die Ausbeutung der Konsumenten durch eine irreführende Verkaufswerbung, eine Gefährdung der Betriebssicherheit und eine Gesundheitsschädigung der Konsumenten und viele andere wirtschaftliche Mißstände verhindern sollen, sollen daraufhin untersucht werden, welche ihrer Vorschriften zu unnötigen Kostenerhöhungen führen. Hierbei besteht jedoch die Gefahr, daß industrielle Interessenten eine Abschwächung oder teilweise Beseitigung der Überwachung erreichen, was sicher nicht im Sinn der Inflationsbekämpfung wirken würde.

Lohn- und Preiskontrollen

Eine Wiedereinführung von Lohn- und Preiskontrollen hat der Präsident nachdrücklich abgelehnt. Der Council on Wage and Price Stability (früher: Cost of Living Council) wird jedoch beauftragt, die Lohn- und Preisbewegung zu beobachten und nötigenfalls öffentliche Hearings zu veranstalten, um die Beteiligten zu einer Rechtfertigung vorgenommener Lohn- und Preiserhöhungen zu zwingen. Bei der gegenwärtigen Undurchsichtigkeit der Wirtschaftsentwicklung, die die Arbeit einer Preiskontrollbehörde sehr erschweren würde, spricht in der Tat viel dafür, zunächst nur mit moralischem Druck statt mit gesetzlichen Maßnahmen vorzugehen, zumal der Kongreß gegenwärtig vielleicht dem Präsidenten gar nicht die für eine Zwangskontrolle nötigen Vollmachten geben würde.

Bedenklich ist aber, daß sich der Präsident prinzipiell gegen Zwangskontrollen festgelegt hat, denn wenn sich die sanfteren Druckmittel nicht als genügend wirksam erweisen, wird er eben doch wieder einen Kontrollmechanismus schaffen müssen. Was er zur Ablehnung der Kontrollen sagte, daß sie sich nämlich in der Vergangenheit immer als unwirksam erwiesen hätten, ist einfach falsch: Abgesehen von der Periode des Zweiten Weltkrieges haben die Kontrollen während der sogenannten Phase 2 der Nixon'schen Preispolitik insgesamt befriedigend funktioniert — trotz des Handikaps, daß die mit ihrer Anwendung betrauten Personen selbst nicht an einen Erfolg glaubten.

Gewiß kann es nicht Aufgabe der Kontrollen sein, das Spiel von Angebot und Nachfrage durch willkürliche Preisfestsetzungen zu entstellen. Ihre

Ostasien- Informationen aus erster Hand

Der soeben erschienene **Jahresbericht** 1973/74 des Ostasiatischen Vereins bringt in fundierten Berichten, Analysen, Daten und Statistiken eine umfassende, systematische Übersicht über die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den ostasiatischen Ländern.

Die neuesten und praxisbezogenen Informationen über Ostasien bietet Ihnen dieser **Jahresbericht**.

Umfang 347 Seiten. Preis DM 40,—. Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag.

Übersee-Verlag

2 Hamburg 76

Schöne Aussicht 23 · Telefon (040) 22 85 226

Funktion ist vielmehr, übertriebene Lohn- oder Preissteigerungen, z. B. übersteigerte Preisaufschläge zum angeblichen Ausgleich gestiegener Energiekosten, zu verhindern oder wenigstens zu reduzieren, da sonst die für die Geldpolitik verantwortlichen Stellen mit der Alternative konfrontiert würden, entweder durch eine entsprechende Geldvermehrung diese Erhöhungen zu „ratifizieren“ und damit die Inflation voranzutreiben oder eine noch größere Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen. Wenn die Unternehmen und Gewerkschaften die Empfehlungen des Council on Wage and Price Stability ignorieren oder umgehen, was nicht gerade unwahrscheinlich ist, so wird es sich der Präsident schon politisch gar nicht leisten können, dies einfach hinzunehmen. Dann werden ihm jedoch seine jetzt gebrauchten Argumente gegen Zwangskontrollen entgegengehalten werden.

Stimulierung der Produktion

Das vom Präsidenten vorgelegte Programm enthält mehr Mittel der Rezessions- als der Inflationsbekämpfung. Steuerentlastungen der unteren Einkommensgruppen und eine vermehrte Arbeitslosenunterstützung werden der Güternachfrage zugute kommen – natürlich auf Kosten der Inflationsbekämpfung. Das gilt auch für die Krediterleichterungen für den Wohnungsbau. Dennoch rechnet man damit, daß im Jahr 1975 die Arbeitslosenrate zeitweise im Durchschnitt auf 7% steigen wird, wobei die Raten für Jugendliche und Slumbewohner viel höher liegen werden. Den wichtigsten Beitrag zur Rezessionsbekämpfung hat aber nicht der Präsident, sondern Arthur Burns, der Vorsitzende des Federal Reserve Board, durch seine Erklärung geliefert, daß das Board wenigstens eine beschränkte Geldvermehrung zulassen werde. Diese Absicht scheint auch die jüngste Zinsentwicklung zu zeigen.

Die wichtigste Aufgabe der amerikanischen Wirtschaftspolitik liegt auf dem Gebiet der Energieversorgung. Von der zweistelligen Inflationsrate während der nächsten zwei oder drei Jahre herunterzukommen, ist vor allem auch wegen der Wirkung auf die Handelsbilanz gewiß ebenfalls eine dringende Aufgabe. Und eine Verschärfung der Rezession könnte für manche Bevölkerungsschichten großes Elend mit sich bringen und vielleicht auf dem Weg über Bankenzusammenbrüche sogar die Kreditstruktur gefährden. Die Möglichkeit aber, daß eine Ölknappheit der amerikanischen Industrie Fesseln anlegt oder daß eine Manipulierung der bei den Ölproduzenten sich anhäufenden Währungsbeträge den Dollarkurs ruiniert, ist die größte aller Gefahren. Denn letzten Endes ist ja auch die Sicherstellung eines großen Güterangebots, die vor allem von einer

ausreichenden Energieversorgung abhängt, das beste Mittel zur Inflationsbekämpfung.

Gemessen an den auf diesem Gebiet notwendigen Maßnahmen sind die Vorschläge des Präsidenten, zumindest soweit sie bereits eine konkrete Gestalt erhalten haben, äußerst dürftig. An großen Worten und Gesten fehlt es zwar nicht. So ist eine nationale Energiebehörde errichtet worden, und der Innenminister Roger Morton wurde zum „Energie-Zaren“ ernannt und aufgefordert, die Öleinfuhr bis Ende 1975 um 1 Mrd. Barrels (etwa ein Sechstel) zu kürzen. Dieses Ziel wird sich jedoch nicht mit einer Verringerung der Raumtemperatur im Winter und der Luftkühlung im Sommer sowie durch ein rechtzeitiges Abdrehen der elektrischen Lampen und der Fernsehapparate erreichen lassen – selbst wenn dies alles einigermaßen vollständig durchgeführt werden sollte. Das entscheidende Instrument jedoch, die Benzinrationierung, ist dem „Zaren“ nicht zur Verfügung gestellt worden.

Gewiß würde eine solche Rationierung für fast alle Amerikaner erhebliche Unbequemlichkeiten und für manche von ihnen wirkliche Härten mit sich bringen. Aber warum soviel von Opfern reden, wenn man vor ihnen zurückschreckt? Überdies hat der Präsident dem Übergang vom Privatwagen zu den Massenverkehrsmitteln, dem im Interesse der Ölersparnis eine entscheidende Bedeutung zukommt, schon vorher einen Schlag versetzt, als er auf einer Pressekonferenz in einem seiner vielen unbedachten Augenblicke sagte: „Wie komfortabel wir immer die Züge machen mögen, das amerikanische Publikum wird am Gebrauch des Wagens festhalten.“ Viele Amerikaner werden aufgrund dieses Ausspruchs ihre alten Verkehrsgewohnheiten nicht ändern.

Kapitalbeschaffung für Energieproduktion

Für die etwas weitere Zukunft ist eine vermehrte Energieproduktion noch wichtiger als die Energieersparnis. Die Erschließung neuer Energiequellen verlangt sehr viel Kapital, weit mehr, als sich die Unternehmungen beim gegenwärtigen Stand des Kapitalmarkts beschaffen können. Daher muß jedes Energieprogramm an den Erleichterungen gemessen werden, die es bei der Kapitalbeschaffung der Unternehmungen vorsieht, die sich mit der Vermehrung der Energieerzeugung befassen. Nach dem Programm des Präsidenten soll der Steuerabzug für Investitionen von 7 auf 10% erhöht werden; dadurch wird die Kapitalbeschaffung auch für die Energieproduktion etwas erleichtert werden. Doch diese Investitionsprämierung leidet daran, daß sie nach dem Gießkannenprinzip arbeitet: Der Steuerabzug kommt allen

Investitionen zugute und nicht nur denen, die im Interesse der Energiewirtschaft liegen. Die Risiken bei der Erschließung neuer Energiequellen sind besonders groß. Die so vielversprechende Ausbeutung des Ölschiefers sowie die Verwendung von Sonnen- und Erdwärme zur Energieerzeugung setzen eine Erforschung der besten Methoden voraus und sind mit dem Risiko aller Forschungen, der Ergebnislosigkeit im Einzelfall, behaftet. Die Risiken der Ölbohrungen im Meer sind sehr groß. Ihre abschreckende Wirkung könnte nur durch besonders hohe Prämien überwunden werden. Da die Prämien nicht hoch genug sind, wird wahrscheinlich die Steuerprämie für Investitionen in weit höherem Maße von jenen Unternehmen in Anspruch genommen werden, die sich nicht mit der Energieerzeugung befassen und mit bekannten Techniken arbeiten, als von jenen, von denen die Energieerzeugung abhängt.

Nun verstärken alle Investitionen den Inflationsdruck. Deshalb wäre es geboten, die Erleichterungen der Investitionstätigkeit möglichst auf solche Industrien zu beschränken, deren Ausdehnung zur Beseitigung der Energiekrise beitragen kann. Man müßte anstelle von globalen Methoden selektive anwenden, d. h. nur jenen Industrien Prämien gewähren, deren Ausdehnung gegenwärtig im volkswirtschaftlichen Interesse liegt, während bei den anderen gedrosselt werden müßte. Diese Prämien sollten nicht nur in der Form eines Steuerabzugs, sondern auch in der Form des Zinszuschusses oder als Bereitstellung stark verbilligten Kapitals durch den Bund gewährt werden. Doch solch eine Selektion erschien dem Präsidenten wohl als ein zu starker Eingriff in die Wirtschaft.

Mildernde Umstände für Ford

Gegen den Teil des Programms, der bis jetzt den meisten Widerspruch im Kongreß hervorgerufen hat und dessen Verwirklichung dadurch fraglich ist, ist sachlich nichts einzuwenden. Es handelt sich dabei um die Steuerentlastung für die untersten Einkommensgruppen, die durch einen mäßigen Steuerzuschlag bei den mittleren und höheren Einkommensbeziehern ausgeglichen werden soll (bei Familien 5% für Einkommensteile über 15 000 \$). Die Steuererhöhungen sollen auch die produktive Erwerbslosenfürsorge, die in allen Bezirken einzurichten ist, in denen die Rate der Arbeitslosigkeit 6% übersteigt, und die Verlängerung der Bezugszeit für Arbeitslosenunterstützung finanzieren. Ferner soll durch sie der Einnahmeausfall durch Steuerabzug für Investitionen gedeckt werden. Man kann sich den Widerstand gegen diesen Vorschlag wohl nur dadurch erklären, daß sich die Abgeordneten so kurz vor der Wahl vor der Wirkung fürchten, die der bloße Gedanke

einer Steuererhöhung auf die Mittelschichten ausüben mag. Der Präsident verdient aber Anerkennung dafür, daß er wenigstens in diesem Punkt gewagt hat, eine unpopuläre Maßnahme vorzuschlagen.

Man muß ihm auch noch einen weiteren milderen Umstand zubilligen. Nicht nur er hat versagt, sondern auch die Sachverständigen haben ihm keine eindeutigen Ratschläge zur Krisenüberwindung gegeben. Aus den sogenannten Gipfelkonferenzen der Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftsinteressenten war nur ein unproduktives Stimmengewirr zu hören. Die mehr linksgerichteten, hauptsächlich der Demokratischen Partei angehörenden Sachverständigen betonten wiederholt die Gefahr der Rezession stärker als die der Inflation. Die konservativ orientierten Sachverständigen, meistens Republikaner, verteilen die Gewichte umgekehrt. Irgendein neuer Ansatz im Hinblick auf die Dosierung oder Konstruktion der Antiinflationsmaßnahmen, um deren Rezessions-effekt zu vermindern, ergab sich nicht. Nicht nur die Wirtschaftspolitik, auch die Wirtschaftswissenschaft wird nach den Erfahrungen dieser Krise umdenken müssen.

Weltinflation hat zwei Seiten

Die Gefahren der Inflation, deren internationalen Charakter er betonte, hat der Präsident in sehr starken Worten geschildert: „Sie wird, wenn wir sie nicht besiegen, unser Land, unsere Heimstätten, unsere Freiheit, unser Eigentum und schließlich unseren Stolz auf unsere Nation mit der gleichen Gewißheit zerstören wie ein gut bewaffneter Feind in Kriegszeiten.“ Solche Übertreibungen könnten nützlich sein, um die Bereitschaft zu Opfern zu schaffen, wenn man sie in einem wohlüberlegten Programm verlangen würde.

Auf der anderen Seite ist es aber vielleicht notwendig, darüber nachzudenken, daß zwar eine Verringerung der Inflationsrate in den USA und in anderen Ländern dringend erwünscht ist, nicht aber ein Abstoppen der Weltinflation, selbst wenn es möglich wäre. Solange man nämlich damit rechnen muß, daß die ölproduzierenden Länder weder die Ölpreise erheblich senken noch den Großteil ihrer Gewinne durch „recycling“ in die ölimportierenden Länder zurückleiten wollen oder können, ist es ein Trost, daß die von ihnen aufgehäuften Währungsreserven ziemlich rasch durch die Inflation an Bedeutung verlieren werden. Das würde auch bei einer Weltinflationsrate von 6 oder 7% der Fall sein. Heute besteht gewiß keine Gefahr, daß die Inflationsrate zu niedrig sein wird, aber es ist vielleicht ganz nützlich, sich klarzumachen, daß auch dieses Übel einen kompensierenden Vorteil hat.